



IBB-Newsletter Nummer 9 vom 10.05.2016

Abschlussbericht zu unserer Petition im Rahmen der Flüchtlingspolitik in Brieselang

Im letzten Jahr sind wir mit einer Liste von Forderungen über eine Petition zur Einflussnahme auf die Aufnahme von Flüchtlingen in Brieselang an den Bürgermeister, den Landrat, die Landesregierung, die Gemeindevertretung, den Kreistag und den Petitionsausschuss des Landtags herangetreten. Hierfür haben wir die Legitimation durch viele Unterschriften unserer Brieselanger Bürger erhalten, die diese Petition aktiv unterstützt haben. Vielen Dank dafür.

Die Reaktionen sind gleichartig und zweigeteilt.

Auf Landesebene bedankt man sich artig für das Engagement und erklärt dann, warum unsere Forderungen nicht umgesetzt werden können.

Der Petitionsausschuss hat aber nach Prüfung aller Maßnahmen in Brieselang bestätigt, dass die praktizierte Unterbringung in Brieselang nicht politisch gewünscht ist und der damals aktuellen Situation geschuldet war. Rechtlich und sachlich gibt es keinen Grund zur Beanstandung.

Die Landesregierung teilte mit, dass die Polizeipräsenz grundsätzlich im Rahmen der Einrichtung von Flüchtlingsquartieren erhöht werde und regelmäßige Gefährdungsbeurteilungen – auch in Absprache mit den Wachschutzunternehmen der Quartiere - stattfinden würden.

Ferner teilte uns die Landesregierung mit, dass ab 2016 Darlehen für die Schaffung von Wohnraum für geflüchtete Menschen in Gemeinden im Berliner Umland anteilig als Baukostenzuschüsse gewährt werden.

Der Landkreis hat in Wort und Stil klar kundgetan, was er von engagierten Bürgern hält: NICHTS.

Während der Landrat selbst jede Antwort bis heute verweigert (nicht das erste Mal) hat der Kreistag arrogant und deutlich zu jedem Punkt geschrieben: Der Antrag wird abgelehnt. bzw. eine Zuständigkeit des Landkreises ist nicht gegeben. Kurzes Fazit am Schluss: Aus genannten Gründen hat der zuständige Ausschuss Ihre Petition zurückgewiesen.

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Brieselang ist kurz und bündig. Sie erklärt uns zu allen Punkten, dass sie nicht zuständig ist.

Leider zeigt uns die Unterzeichnerin, Frau Sabine Cory, Bürger für Brieselang und deren Vorsitzende der Gemeindevertretung, wie sie mit Wahrheiten umgeht. Sie erklärt uns, die IBB hätte vier Forderungen der Petition auf der Novembersitzung der Gemeindevertretung eingebracht und diese seien alle u. a. wegen der fehlenden Zuständigkeit der Gemeinde Brieselang abgelehnt worden. Warum verschweigt Frau Cory, dass auf der gleichen Sitzung überwiegend inhaltlich gleiche Anträge, die von ihrer eigenen Fraktion aus unseren Forderungen und Anträgen abgekupfert wurden, trotz dieser fehlenden Zuständigkeit dann angenommen wurden?

Diesem peinlichen Schreiben der Gemeindevertretung, unterschrieben von Sabine Cory, steht das fundierte und sachliche Antwortschreiben des Bürgermeisters der Gemeinde Brieselang entgegen. Er geht inhaltlich auf die Forderungen ein und erläutert sachlich, warum bestimmte Forderungen nicht umgesetzt werden können, die Gemeinde nicht zuständig sei oder wo ggf. die Gemeinde tätig werden wird, z. B. Gespräche mit dem Landkreis zu suchen um die Möglichkeit nach der Unterbringung in Kompakthäusern zu eruieren oder das Förderprogramm für den Wohnungsbau ab 2016 zur Errichtung von Wohnraum zu prüfen.

Abschließend stellen wir fest, dass die Sozial- und Kommunikationskompetenz auf Kreis-ebene und in der Gemeindevertretung Brieselang schlicht ungenügend ist und nur das Ziel verfolgt, den Bürger zu entmündigen und jede Motivation zu nehmen, sich in Entscheidungen dieser hochbezahlten Politiker und Alleinbestimmer einzumischen.

Auf Landesebene und bei unserem Bürgermeister, Wilhelm Garn, haben wir feststellen müssen, dass man auf die Anregungen und das Engagement der Bürger zumindest eingeht, wenn man auch grundsätzlich keine Vorschläge haben möchte. Die Kommunikation hier ist ordentlich.

Aber inzwischen hat sich einiges getan: Vieles, was wir gefordert haben, wird gemacht und umgesetzt. Nun sind wir nicht so naiv zu glauben, dass wir den Ausschlag dazu gegeben haben. Aber wir haben die Verantwortlichen zum Nachdenken angeregt, Alternativen zu hinterfragen und gehen davon aus, dass unsere Petition nicht umsonst gewesen ist.

Wir bleiben dran und werden auch weiterhin die Maßnahmen in Brieselang für Sie als mündige Bürger aktiv begleiten.

Ihre IBB

Initiative für Bürgerinteresse und Bürgerbeteiligung e.V.
ViSdP: Ralf Heimann, Zilleweg 39, 14656 Brieselang